

Thomas Gebhard

Die Angst vor dem Kollaps

Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon

Mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung befindet sich aktuell auf der Flucht. Bis zu vier Millionen flüchteten in die Nachbarländer Jordanien und den Libanon, die zunehmend überfordert sind. Konflikte zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nehmen zu und die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen verschlechtert sich. Sozio-ökonomische Engpässe treten offen hervor und die sich verschärfende Sicherheitslage beunruhigt die einheimische Bevölkerung. In der Konsequenz sind die Aufnahmepolitiken beider Länder – bis zur fast vollständigen Schließung der Grenzen – deutlich verschärft. Steht eine ganze Region vor dem Kollaps?

Schlagwörter:

Rahmenbedingungen der libanesischen Aufnahmegesellschaft – Syrien und Libanon – Syrer im Libanon – Herausforderungen im Libanon – Rahmenbedingungen der jordanischen Aufnahmegesellschaft – Syrer in Jordanien – Herausforderungen in Jordanien

DIE ANGST VOR DEM KOLLAPS: FLÜCHTLINGE IN JORDANIEN UND IM LIBANON

|| Thomas Gebhard

Die lokalen, regionalen und globalen Auswirkungen von Migration und Flucht sind nicht zu unterschätzen. Ende Mai 2016, das heißt etwas mehr als fünf Jahre nach Ausbruch des Aufstandes gegen das Regime von Baschar al-Assad, sind rund 6,6 Millionen Syrer im eigenen Land auf der Flucht, haben fast fünf Millionen ihr Land verlassen und geschätzt 400.000 ihr Leben verloren. Dies bedeutet, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Syriens, die im März 2011 mit durchschnittlich 22 Millionen angegeben worden ist, sich auf der Flucht befindet.

Der Bürgerkrieg in Syrien und die damit einhergehende große Zahl von Flüchtlingen hat insbesondere auf die angrenzenden Länder Libanon und Jordanien, die mit Blick auf ihre Größe und Einwohnerzahl als klein und in Bezug auf ihre Integrationsmöglichkeiten zunehmend als überfordert zu bezeichnen sind, negative Auswirkungen. So hat der Libanon mit 183 registrierten Flüchtlingen auf 1.000 Menschen im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl mehr Menschen aufgenommen, als jedes andere Land weltweit – die Zahl der nicht registrierten Flüchtlinge nicht eingerechnet. Der Zustrom von weit mehr als einer Million Flüchtlingen in jedes der beiden Länder hat zunächst Probleme in Bezug auf deren Unterbringung, Verpflegung und Gesundheitsversorgung verursacht. Den entsprechenden Engpässen begegnet die internationale Staatengemeinschaft seit der Konferenz von London im Februar 2016 mit mehr finanzieller Unterstützung – sowohl für die Flüchtlinge, als auch für die einheimische Bevölkerung. Die unmittelbare Not konnte so bei den betref-

fenen Bevölkerungsgruppen zwar gelindert werden, Bildungs- und Ausbildungsangebote (mehr als 50 Prozent der Flüchtlinge sind jünger als 18 Jahre) sowie Arbeitsplätze und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben konnten bisher aber bei weitem noch nicht ausreichend geschaffen und aufgezeigt werden.

So kommt es in beiden Ländern zu einer zunehmenden Konkurrenz zwischen einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen. Gesellschaftliche Spannungen, die sich verstärken, sind die Folge. Vermehrt macht sich in beiden Ländern eine Stimmung breit, die gegen die Flüchtlinge gerichtet ist. Ging die anfängliche öffentliche Meinung eher in Richtung ‚Grenzen schließen‘ und ‚keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen‘, hört man in jüngster Zeit immer öfter Stimmen, die eine Ausweisung der Flüchtlinge fordern. Diese Stimmen werden umso lauter, je mehr sich die Sicherheitslage verschlechtert.

Der Libanon vor dem Zusammenbruch?

Der Libanon, in etwa halb so groß wie das Bundesland Hessen, hatte zum Ende des Jahres 2011 gerade einmal 4,4 Millionen Einwohner, die, bis auf geschätzt 400.000 palästinensische Flüchtlinge, überwiegend libanesische Staatsbürger waren. Vier Jahre später, Ende 2015, ist die Zahl der im Land lebenden Libanesen und palästinensischen Flüchtlinge auf geschätzt 4,8 Millionen angewachsen, die der Gesamtbevölkerung des Libanon aber auf vermutlich mehr als 6,3 Millionen. Bis zu 1,5 Millionen Syrer – manche Quellen sprechen gar von bis zu zwei

Millionen – sollen seit 2012 den Weg in den Libanon gefunden haben.

Rund 1,2 Millionen Syrer waren 2015 als Flüchtlinge beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Libanon registriert. Bis Ende Mai 2016 ist deren Zahl auf rund 1,05 Millionen zurückgegangen, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass sich ab Sommer 2015 mehr und mehr Syrer auf den Weg Richtung Europa gemacht haben. Doch auch die, die heute noch im Libanon ausharren, wollen weg. Nicht zuletzt, weil sie zu wenig Unterstützung erhalten und sie an eine schnelle Rückkehr in ihre Heimat nicht glauben. Was sie ausharren lässt, ist Geld: Geld, das die Flüchtlinge nicht haben, um ihre Weiterreise nach Europa finanzieren zu können.

Die Zahl der nicht beim UNHCR registrierten Flüchtlinge kann nur grob geschätzt werden. Ist diese jedoch annähernd so hoch wie in Jordanien, so ist die immer wieder einmal genannte Zahl von zwei Millionen, die im Libanon leben sollen, keine abwegige Größe mehr. Für den Libanon ergibt sich so ein Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung, der zwischen 24 und 29 Prozent liegt. Diese Quote ist um 115 bis 160 Prozent höher, als sie aktuell in Deutschland beträgt (11,1 Prozent).

Wenn man die vorgenannten Werte des Libanon mit denen Deutschlands vergleicht, so muss man, um diese richtig einordnen zu können, die zum Teil sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen: Die wirtschaftlichen, aber auch die politischen und kulturellen; die nationalen wie die regionalen.

Es ist nicht so, dass der Libanon nicht schon vor Ausbruch der Krise in Syrien mit einer ganzen Reihe eigener Probleme zu kämpfen hatte. Außenpolitisch ist hier zuvorderst das sehr angespannte Verhältnis zu Israel zu nennen, das sich mit dem Entstehen der Hisbollah ab 1982 weiter verschlechtert hat (de jure befindet sich der Libanon bis heute mit Israel im Krieg). Der

nach dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon weiter bestehende Einfluss Syriens stellt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt des Libanon eine weitere große Herausforderung dar. Insbesondere die Hisbollah, aber auch die Allianz des 8. März, der neben der (schiitischen) Hisbollah auch Drusen (die Progressive Sozialistische Partei von Walid Dschumblat) und Christen (das Free Patriotic Movement von Michel Aoun) angehören, gelten als Unterstützer der Interessen Syriens im Libanon. Innenpolitisch sind vor allem der Bürgerkrieg der Jahre 1975 – 1990 und die Ermordung Rafik Hariris im Februar 2005, die eine Verschlechterung des innenpolitischen Klimas zur Folge hatte, zu nennen. Letzteres verschärfte die ohnehin schon sehr komplexe innenpolitische Lage, die sich im Wesentlichen aus dem Konfessionalismus im Libanon ergibt (18 anerkannte Religionsgemeinschaften – zwölf christliche und sechs muslimische –, von denen die maronitischen Christen sowie die Sunniten und Schiiten die größten sind). Darüber hinaus kämpft das Land bis heute mit den Nachwirkungen des sogenannten Sommerkriegs mit Israel von 2006, in dessen 33-tägigem Verlauf die israelische Luftwaffe große Teile der libanesischen Infrastruktur zerstört hat. Insbesondere im Bereich der Energieversorgung konnten die damals entstandenen Schäden bis heute nicht behoben werden, was eine anhaltende Energiemangel zur Folge hat. Vor allem die Zerstrittenheit der libanesischen Parteien und Politiker, wenn es darum geht, einflussreiche Positionen in Politik und Wirtschaft zu besetzen oder von der Vergabe von Aufträgen wirtschaftlich und finanziell zu profitieren, aber auch die allgegenwärtige Korruption und die Machtkämpfe libanesischer Clans, sind hierfür so wie für die Lähmung des gesamten Landes verantwortlich zu machen.

Unter diesen Gegebenheiten hat die libanesischen Bevölkerung bis 2011 mehr schlecht als recht ihr Leben zu organisieren und ihr Auskommen zu gewährleisten ver-

sucht, was solange noch halbwegs funktioniert hat, wie Geld und Touristen aus vor allem den reichen Staaten am Golf ins Land kamen.

Mit Ausbruch des Aufstandes in Syrien wurde der Libanon eine Art Kriegspartei, auch wenn es nur die Hisbollah war, die auf Seiten des Assad-Regimes in die Kampfhandlungen eingriff. Die Unterstützung des syrischen Regimes durch die Hisbollah führte zu einer massiven Verärgerung des bis dahin recht großzügigen Geldgebers Saudi-Arabien. Da die politischen Kräfte des Libanon nicht stark genug waren, das Engagement der Hisbollah in Syrien zu unterbinden (die Entwaffnung der Hisbollah auf der Grundlage der UN-Resolution 1559 aus dem Jahre 2004 war zuvor schon an deren Widerstand gescheitert), war eine immer geringere finanzielle Unterstützung seitens Saudi-Arabiens die Folge. Fast noch stärker als die Verringerung der finanziellen Zuwendungen aus dem Golf traf den Libanon jedoch der Rückgang des Tourismus, der eine Folge der zunehmenden Anschläge, nicht nur im Grenzgebiet zu Syrien, sondern auch in der Hauptstadt Beirut, war. Darüber hinaus waren wegen des Krieges in Syrien Teile der libanesischen Wirtschaft von ihren angestammten Märkten, vor allem in Syrien und im Irak, abgeschnitten. Dies alles hatte unmittelbare negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die libanesischen Bevölkerung, da in der Folge Arbeitsplätze abgebaut wurden und die Lebenshaltungskosten in vielen Bereichen stiegen.

Mit diesen Widrigkeiten sah sich der Libanon konfrontiert, als die Welle syrischer Flüchtlinge über ihn hereinbrach. Die Folge waren nicht nur ein weiter steigender wirtschaftlicher Druck auf die libanesischen Bevölkerung, sondern auch zunehmende Auseinandersetzungen zwischen Libanesen und syrischen Flüchtlingen, die um die schon zuvor nicht ausreichend zur Verfügung gestandenen Ressourcen wie Wohnraum, Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wasser und Energie, um nur einige

wenige zu nennen, konkurrierten. Erschwerend kam hinzu, dass die internationale Staatengemeinschaft viel zu lange gebraucht hat, um angemessene Unterstützung zu leisten.

Seit Anfang 2015 dürfen syrische Flüchtlinge nicht mehr in den Libanon einreisen, es sei denn, sie können den Nachweis erbringen, dass ein Libanese ihren Unterhalt übernimmt. Die Regelungen zur Erneuerung von Aufenthaltsgenehmigungen von schon im Land befindlichen Syrern wurden mit dem Ziel, die Zahl der Flüchtlinge im Libanon zu verringern, deutlich verschärft. Beim UNHCR registrierte Flüchtlinge müssen ein Papier unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, keine Arbeit aufzunehmen. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für syrische Flüchtlinge hat der libanesischen Sozialminister Rashid Derbas erst unlängst wieder als nicht angemessen und ausgeschlossen bezeichnet, als er auf eine entsprechende Forderung europäischer Staaten zu sprechen kam. Die Aufmerksamkeit Europas sei in seinen Augen weniger auf das Schicksal der Flüchtlinge gerichtet, als darauf, zu verhindern, dass sich noch mehr Flüchtlinge auf den Weg Richtung Europa machen. Nach letzten Angaben sollen 70 Prozent der syrischen Flüchtlinge im Libanon unterhalb der für den Libanon geltenden Armutsgrenze leben, das heißt mit weniger als 3,50 EUR pro Tag ihr Auskommen finden müssen.

Auch für die Libanesen selbst hat die Krise in Syrien gravierende Folgen. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO soll allein 2015 das Einkommen von mehr als 170.000 Libanesen unter die genannte Armutsgrenze gefallen sein. Die (offizielle) Arbeitslosenquote soll bei über 20 Prozent liegen und sich damit in den zurückliegenden fünf Jahren annähernd verdoppelt haben. Wie in den meisten anderen Ländern der Region auch, dürfte die tatsächliche Arbeitslosigkeit noch deutlich höher sein.

Projekte der HSS

Die Kooperation der Hanns-Seidel-Stiftung mit der libanesischen Partnerorganisation ‚Women's Association of Deir El Ahmar-WADA‘ findet im Rahmen des Programms „Building Bridges between Communities“ statt. Der Bürgerkrieg in Syrien hat durch die damit einhergehende hohe Zahl von Flüchtlingen in der nördlichen Bekaa-Ebene, wo der Projektpartner WADA seinen Sitz hat, zu einer überaus schwierigen Situation geführt. Die durchgeführten Maßnahmen verfolgen das Ziel, den Dialog zwischen der christlichen und der muslimischen Bevölkerung von Deir El Ahmar und Baalbeck zu verbessern sowie zu Problemlösungen und zum Abbau von Spannungen zwischen lokaler Bevölkerung und syrischen Flüchtlingen beizutragen. Zielgruppen sind libanesische und syrische Frauen, Schüler/innen von Schulen beider Kommunen sowie Mitarbeiter/innen lokaler Verwaltungen in Deir Al Ahmar und Baalbeck.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/libanon

2,95 Millionen Menschen bzw. 30,9 Prozent der in Jordanien lebenden Bevölkerung waren zum Stichtag des Zensus Ausländer. Fünf Jahre zuvor war diese Quote noch nicht einmal halb so hoch gewesen. Der ausländische Bevölkerungsteil Jordaniens setzte sich zum Zeitpunkt der Erhebung aus rund 1,3 Millionen syrischen Flüchtlingen, von denen 630.000 beim UNHCR als Flüchtlinge registriert waren, 640.000 ägyptischen Gastarbeitern, die überwiegend auf dem Bau sowie in der Landwirtschaft tätig sind, 630.000 palästinensischen Flüchtlingen, 130.000 Flüchtlingen aus dem Irak, 31.000 Flüchtlingen aus dem Jemen, 23.000 Flüchtlingen aus Libyen sowie 200.000 Flüchtlingen und Gastarbeitern, deren Herkunftsländer nicht näher bezeichnet wurden, zusammen. Bezieht man in diese Berechnung die Einheimischen mit Migrationshintergrund mit ein, so kommt man auf einen Wert, der an die 70 Prozent heranreichen dürfte, was darauf zurückzuführen ist, dass zwischen 55 und 60 Prozent der jordanischen Bevölkerung palästinensischer Abstammung sind.

Jordanien ein Anker der Stabilität!?

Jordanien, in etwa so groß wie die Bundesländer Bayern und Hessen zusammen, hatte am Vorabend des Ausbruchs der Kämpfe in Syrien eine Bevölkerung, die auf rund 6,4 Millionen geschätzt wurde (zzgl. vor allem palästinensischer, aber auch noch irakischer Flüchtlinge aus früheren Jahren sowie ägyptischer Gastarbeiter, deren Zahl auf insgesamt rund eine Million geschätzt wurde).

Ein im November 2015 durchgeführter Zensus bestätigte in etwa die Zahlen, die schon zuvor von der jordanischen Regierung immer wieder genannt worden waren. Die Einwohnerzahl Jordaniens hat sich in nur fünf Jahren um 2,15 Millionen bzw. 29 Prozent auf 9,55 Millionen erhöht. Der Anstieg der jordanischen Bevölkerung um 3,1 Prozent bzw. rund 200.000 ist im Vergleich zum Anstieg des ausländischen Teils der Bevölkerung um 195 Prozent bzw. 1,95 Millionen eine zu vernachlässigende Größe.

Auch für Jordanien gilt, dass, wenn man die vorgenannten Werte mit denen Deutschlands vergleicht, man die zum Teil sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, nationalen wie regionalen Rahmenbedingungen berücksichtigen muss, um sie richtig einordnen zu können.

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1946 ist das Schicksal Jordaniens eng mit dem der Palästinenser verbunden, die seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 für einen eigenen unabhängigen Staat Palästina kämpfen. Im Zuge der verschiedenen großen Kriege, die Israel und die arabischen Nachbarländer in den Jahren 1948 – 1973 geführt haben – und hier insbesondere im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskriegs von 1948 / 1949 und des Sechstagekrieges von 1967, in dem Jordanien das 1950 annektierte Westjordanland wieder verloren hat – sind Palästinenser in großer

Zahl nach Jordanien, in deutlich geringerer Zahl aber auch in den Libanon und nach Syrien geflohen. Für Jordanien spricht man von jeweils rund 400.000 Palästinensern, die in diesen Jahren in das noch bevölkerungsarme Transjordanien bzw. Jordanien geflohen sind und die dort in der Folge begannen, das gesellschaftliche Gefüge zu verändern. Auch wenn viele der palästinensischen Flüchtlinge in den Jahren danach eingebürgert und damit zu jordanischen Staatsbürgern wurden und auch wenn sie vor allem in der Wirtschaft ein Betätigungsfeld gefunden haben, dass sie zu nutzen wussten, als auch in der Politik zunehmend hohe Ämter übertragen bekommen haben, so blieben am Ende doch so etwas wie zwei Gesellschaften, die mehr nebeneinander bestanden haben, als sie zusammengewachsen sind. Wesentlicher Grund hierfür war nicht zuletzt die unterschiedliche Form des gesellschaftlichen Lebens, auf deren einen Seite eine deutlich städtisch geprägte und damit sesshafte (palästinensische) Bevölkerung und auf der anderen Seite eine zu Beginn überwiegend nicht sesshafte und sehr stark stammesorientierte (transjordanische) Bevölkerung standen. Auch wenn sich beide Seiten in den letzten 20 Jahren stark angenähert haben, so bleiben doch bis heute auch Differenzen, die auf diese Unterschiede zurückzuführen sind. Im Zuge der drei Golfkriege von 1980 – 1988 (Iran-Irak-Krieg), 1990 – 1991 (Überfall des Irak auf Kuwait) und 2003 (Irakkrieg) schwappten weitere palästinensische und irakische Flüchtlingswellen in das kleine, ressourcen- und zunehmend auch wasserarme Land.

Die jordanische Wirtschaft ist als nur gering industrialisiert und wenig arbeitsteilig zu bezeichnen. An Bodenschätzen sind lediglich Phosphat und Pottasche erwähnenswert. Bei beiden ist das Land abhängig von Weltmarktpreisen, die es nicht beeinflussen kann. Landwirtschaft kann nur auf rund fünf Prozent der Landesfläche betrieben werden, die noch dazu überwiegend bewässert werden muss. So ist es wenig

verwunderlich, dass 45 Prozent der Beschäftigten ihr Auskommen im öffentlichen Sektor finden (Armee, Sicherheitsdienste, öffentliche Verwaltung, etc.). Der Tourismus so wie die Überweisungen der rund 600.000 Jordanier, die im Ausland leben und arbeiten, stellen eine wesentliche Einnahmequelle dar.

In früheren Jahren zählte Jordanien zu den Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen aus Entwicklungs- und Finanzhilfen. So stammten in den achtziger Jahren bis zu einem Drittel des jährlichen Staatshaushaltes aus internationalen Finanzhilfen und bis zu einem Viertel des damaligen Bruttonationaleinkommens aus den Überweisungen jordanischer Arbeitsmigranten am Golf. Bis in die heutige Zeit stammen große Teile des jordanischen Haushalts, geschätzt mindestens 15 Prozent, aus ausländischer Finanzhilfe.

Das vergleichsweise hohe Bevölkerungswachstum, die wenig diversifizierte Wirtschaft sowie die mangelnde Bereitschaft, eine Reihe von Berufen zu erlernen und Tätigkeiten auszuüben, in Verbindung mit dem starken Wunsch, eine der 24 staatlichen und privaten Universitäten besuchen zu können, um anschließend möglichst beim Staat, zumindest aber in der Verwaltung angestellt zu werden, haben in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten, das heißt die Kosten für Wohnraum, Bildung, Nahrung, gesundheitliche Versorgung und nicht zuletzt auch Energie, zum Teil deutlich gestiegen. Dies führte in Jordanien wiederholt dann zu Unruhen, wenn der Staat versuchte, Subventionen zu kürzen. Darüber hinaus ist ein starkes wirtschaftliches Gefälle zwischen der Hauptstadt Amman und den anderen Gouvernements sowie den ländlichen Gebieten festzustellen.

Die skizzierten Probleme haben seit 2008 zugenommen. Der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise folgte in der arabischen Welt 2011 das, was zu Beginn noch

als arabischer Frühling bezeichnet wurde, bisher jedoch in nur sehr wenigen Ländern zu Verbesserungen in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht geführt hat. Im Gegenteil: Wenn nicht Krieg und gewalttätige Konflikte die Folge waren, kam es in einer Reihe von Ländern doch zu gesellschaftlichen Verwerfungen (Stichwort ‚Muslimbruderschaft‘), zu einem Rückgang von Investitionen und Wirtschaftswachstum und damit einhergehender höherer Arbeitslosigkeit. In vielen Ländern ging der Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen, stark zurück.

Für Jordanien sind in den zurückliegenden fünf Jahren ein merklicher Anstieg der Verschuldung (von 75 Prozent des BIP Ende 2013 auf 93 Prozent des BIP Ende 2015) und der Arbeitslosigkeit sowie ein deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Jahre 2010 – 2015 lag in Jordanien bei rund 2,7 Prozent, nachdem es in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends noch bei über sieben Prozent gelegen hat.

Just in diese schwierige Phase fällt der Zustrom von mehr als 1,3 Millionen syrischen Flüchtlingen (und weiteren rund 250.000 Flüchtlingen vor allem aus dem Irak, aus Jemen und aus Libyen), von denen lediglich die Hälfte als Flüchtlinge registriert und weniger als zehn Prozent in Lagern untergebracht sind, die vom UNHCR betreut werden.

Die überwiegende Zahl der syrischen Flüchtlinge lebt in Kommunen oder auf dem flachen Land, insbesondere in den im Norden liegenden Gouvernements Zarqa, Mafrq und Irbid. Die Einwohnerzahlen dieser Kommunen haben sich zum Teil mehr als verdoppelt, ohne dass ihre Infrastruktur mit dem Aufwuchs hat standhalten können. Wasser- und Energieversorgung waren dort schon zuvor nicht ausreichend ausgebaut, Schulplätze sowie Wohnraum knapp und Arbeitsplätze rar.

Seit März 2016 werden den syrischen Flüchtlingen Arbeitsgenehmigungen für Arbeitsplätze ausgestellt, die Jordanier nicht nachfragen. Dies sind mit Masse Arbeitsplätze, um die sie mit den vor allem ägyptischen Gastarbeitern konkurrieren (z.B. in der Landwirtschaft oder auf dem Bau). Rund 12.000 solcher Arbeitsgenehmigungen wurden bisher ausgestellt. Daneben gehen die jordanischen Behörden von bis zu 90.000 Syrern aus, die in Jordanien einer bisher illegalen Arbeit nachgehen.

90.000 syrische Flüchtlingskinder besuchen in Jordanien keine Schule. Geschätzt 100.000 syrische und jordanische Kinder arbeiten, anstatt eine Schule zu besuchen. Fast die Hälfte davon mehr als 44 Stunden pro Woche, so die Angaben der internationalen Arbeitsagentur ILO.

90 Prozent der nicht in Lagern lebenden syrischen Flüchtlinge leben unterhalb der Armutsgrenze, die für Jordanien mit 87 USD pro Kopf und Monat angegeben wird. Für Jordanier ist dieser Wert von 13 Prozent in 2008 auf annähernd 20 Prozent in 2015 ebenfalls angewachsen.

Mit dem Zustrom der Flüchtlinge haben sich die Spannungen und Probleme in vielen der Kommunen vervielfältigt und die seit der Konferenz von London im Februar 2016 umfangreich zur Verfügung gestellten finanziellen Hilfen benötigen mancherorts Zeit, bis sie zu sichtbaren und spürbaren Verbesserungen führen.

Derweil ist eine Verschlechterung der Sicherheitslage seit einigen Wochen nicht mehr zu übersehen, was eine noch kritischere Haltung gegenüber den Flüchtlingen zur Folge hat. Je mehr der IS in Syrien und im Irak unter Druck gerät, desto stärker hat man den Eindruck, dass dieser mit Aktionen in den Nachbarländern auf sich aufmerksam machen möchte. In diesem Zusammenhang wird zunehmend sichtbar, wie sehr sich dessen Gedankengut auch in den Köpfen junger Jordanier bereits breit gemacht hat. Eine Entwicklung, die nachdenklich stimmt.

Und noch immer nimmt der Druck syrischer Flüchtlinge auf die jordanische Grenze im Norden zu. Immer noch begehren Zehntausende Einlass nach Jordanien, das den Zustrom seit nunmehr fast zwei Jahren deutlich reduziert hat: Zuerst hat man damit begonnen, Tageskontingente für Flüchtlinge einzuführen. In einem weiteren Schritt wurden dann nur noch Frauen, Kindern und Verwundeten die Einreise gewährt und seit dem letzten Anschlag am 21. Juni 2016, bei dem in der Nähe des im Dreiländereck Jordanien-Syrien-Irak gelegenen Flüchtlingslagers Raqban sieben jordanische Soldaten und Polizisten getötet worden sind, ist die Grenze auch für diesen Kreis der Flüchtlinge praktisch nicht mehr passierbar. Zu groß sind die Sicherheitsbedenken der jordanischen Führung, die darauf in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen hat.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet in Jordanien, zusammen mit der Nichtregierungsorganisation ‚Future Pioneers for Empowering Communities – FPEC‘, mit jordanischen und syrischen Frauen im Gouvernement Mafraq. Die Maßnahmen im Rahmen des Programms „Women in Dialogue - Freedom of Choice and Action“ haben neben der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten zu Themen wie „Conflict Resolution“, „Women Rights“ oder auch „Family Health Care“ das Ziel, das gegenseitige bessere Kennenlernen der Frauen zu fördern, sie zu gemeinsamen Aktivitäten zu ermutigen sowie zum Abbau von Vorurteilen und Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen beizutragen. Last but not least wird mit der Arbeit die Eigeninitiative der Frauen gefördert.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/jordanien

Zusammenfassung

Die nur schlagwortartig dargestellte Lage in Jordanien und im Libanon macht deutlich, welche Auswirkungen die ungeheuer große Zahl vor allem syrischer Flüchtlinge auf die beiden Länder hat und was, wenn es der internationalen Staatengemeinschaft nicht gelingt, in Ländern wie Syrien, Irak, Libyen und Jemen ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsteile zu vermitteln, noch bevorstehen kann.

Internationale Hilfe muss weit über die Verteilung von Nahrungsmitteln und die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung hinausgehen. Für Kinder müssen Bildungsplätze, für Jugendliche Ausbildungsplätze und für Erwachsene Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, was vor dem Hintergrund, dass dies schon vor der Syrienkrise schwierig war, leichter gesagt, denn getan ist.

Die Gefahr, dass (regionale) Aufnahme-länder zunehmend destabilisiert werden, ihrerseits einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergang, wenn nicht gar einen Kollaps erfahren und so selbst zu Ländern werden, deren Menschen ihr Glück im Ausland suchen, ist latent. Auch dies kann man an Ländern wie Jordanien und dem Libanon gut beobachten. Der sprichwörtliche Brain-Drain ist hier schon seit geraumer Zeit Realität. Zunehmend werden bei dieser Suche auch weiter entfernt liegende Länder ins Auge gefasst. Gleichwohl warten dort neue Herausforderungen auf die Migranten: Fehlende Sprachkenntnisse, eine ihnen fremde Kultur und Gesellschaftsordnung, religiöse Andersartigkeit sowie nicht zuletzt auch die Erfahrung von Ablehnung durch Teile der dortigen Bevölkerung, die sich, ob zu Recht oder zu Unrecht sei zunächst einmal dahingestellt, bedrängt und dem Vernehmen nach auch zunehmend bedroht fühlt.

|| Thomas Gebhard

Auslandsmitarbeiter Jordanien